

LESERBRIEFE

Besonders emissionsarm

Jetzt verärgern die Laubbläser wieder die Anwohner, FR vom 22. September

Ich finde Ihren Bericht sehr interessant und informativ. Doch ich habe den Eindruck, dass jedes Jahr um diese Jahreszeit das Laubgebläse an den Pranger gestellt wird und die Bevölkerung ermutigt werden soll, dagegen anzukämpfen. Die, die darunter zu leiden haben, sind die Unternehmen und ihre Mitarbeiter.

Wir sind ein Frankfurter Familienbetrieb, der seit 1975 im Bereich der Garten- und Landschaftspflege tätig ist. Jedes Jahr werden wir im Herbst von Anwohnern darauf hingewiesen, dass wir doch von dem Einsatz von Laubgebläsen absehen und doch besser den Besen und Laubbesen benutzen sollen.

„Früher ging es doch auch ohne!“, wird gerne als Argument benutzt. Die Benutzer von Laubgebläsen werden so hingestellt, als ob sie nichts anderes zu tun hätten und damit nur „rumspielen“ und die Anwohner ärgern wollten. Dass sie „nur“ ihre Arbeit verrichten und dafür sorgen, dass das Laub vor dem Wintereinbruch beseitigt sein soll, wird in den Hintergrund gestellt.

Sicherlich sind die Laubgebläse laut, doch stinken tun sie nicht. Wir verwenden einen von Maschinenhersteller verkauften Spezialkraftstoff, damit der Schadstoffgehalt in den Abgasen der Geräte deutlich reduziert wird. Der Liter dieses Kraftstoffes kostet vier Euro!

Um auf den Punkt der Lärmschutzverordnung und dieser Plakette zu kommen, möchte ich darauf hinweisen, dass es für Laubgebläse, unabhängig davon ob Hand- oder Rückengebläse, keine Plakette gibt! Wir verwenden die neuesten Geräte die besonders emissionsarm (Katalysator) sind und über einen niedrigen Dezibel-Pegel verfügen.

Ich finde es sehr bedauernd, dass man als Unternehmer immer mehr Steine von dem Gesetzgeber und den Anwohnern in den Weg geworfen bekommt. Die Firmen erledigen, unabhängig davon ob privat oder kommunal, ihre Arbeit für die sie schließlich bezahlt werden! Der Gesetzgeber sollte sich direkt an die Hersteller wenden und sie dazu verpflichten Geräte herzustellen, um die Richtlinien zu erfüllen um eine solche Plakette zu bekommen!

Dass man in Wohngebieten zu bestimmten Zeiten die Geräte nicht einsetzen darf, finde ich nicht korrekt. Was sollen die Beschäftigten von 7-9 und 13-15 Uhr machen? Schließlich muss man als Unternehmer auch der Verkehrssicherungspflicht nachkommen. Solange nichts passiert wird immer auf die Laubbläser geschimpft, aber sobald jemand auf dem feuchten Laub zu Schaden kommt, dann ist das Geschrei groß. Sobald das Frühjahr wieder beginnt, kommt dann die nächste Diskussion in Gange: die Benutzung von Benzinrasenmähern und Motorheckenschere, denn auch für diese gibts leider keine Plakette.

Willi Möller, Frankfurt, Garten- und Landschaftspflegebetrieb



LEITARTIKEL

Ende der Ausreden

PITT VON BEBENBURG



Seit Roland Koch regiert, waren immer die in Berlin Schuld – erst Rot-Grün, dann die SPD in der großen Koalition. Mit diesem Spiel ist es nun vorbei.

Hessen ist überall. Seit Sonntag sieht die Republik dem Bundesland in seiner Mitte politisch verdammt ähnlich.

Die Kennzeichen: Schwarzgelbe Koalition mit einer bärenstarken FDP und einer gerupften CDU; Katzenjammer bei der SPD; sowie Grüne und Linke, die sich über ihre bemerkenswert guten Ergebnisse mangels Machtpositionen nicht richtig freuen können. In Berlin ist das neu. In Wiesbaden kennt man das seit verganginem Januar.

Die Parallelen zeigen, dass es für ein solches Ergebnis nicht unbedingt eine SPD braucht, die sich selbst in ihre Einzelteile zerlegt – wie es die Ypsilanti-Walter-Partei vor einem knappen Jahr tat. Es kann vielmehr schon eine große Koalition genügen, um der SPD ein ähnliches Debakel zu beschern.

Den Mangel an Verlässlichkeit haben beide Situationen allerdings gemeinsam. Denn in beiden Wahlkampf-Situationen war nicht klar, wofür die SPD eigentlich stand – für den Ypsilanti-Flügel oder für den Walter-Flügel? Für oder gegen Hartz IV und die Rente mit 67?

Die FDP wiederum hat ihren Erfolg bei beiden Wahlen mit unterschiedlichen Strategien

erzielt. In Hessen wollte sie weitgehend die CDU-Politik fortsetzen, profitierte aber davon, dass deren Spitzenmann Roland Koch nicht beliebt war. Im Bund dagegen, wo CDU-Chefin Angela Merkel sich großer Beliebtheit erfreut, musste die FDP sich inhaltlich absetzen – etwa mit ihren erstaunlichen Forderungen nach Steuersenkungen.

Da sie solch hohe Erwartungen geschürt hat, ist ihr Risiko, die Wähler zu enttäuschen, in Berlin nun erheblich höher als

in Wiesbaden. Vielleicht ging es auch deshalb bei der FDP nach dem Sieg in Berlin weit weniger ausgelassen zu als nach dem Triumph in Wiesbaden.

Für die Koch-Regierung wird nun einiges leichter. In wichtigen Feldern wie der Atompolitik wird sie nicht mehr gegen die Bundesregierung oder einzelne Bundesminister agieren – sondern gemeinsam mit ihnen. Es steht zu befürchten, dass die Pannenreaktoren von Biblis noch länger laufen dürfen.

CDU und FDP versuchen die Menschen mit dem Hinweis zu beruhigen, Atomkraft sei nur eine „Übergangstechnologie“. Bisher aber ist die hessische Landesregierung ihrem Versprechen nicht nachgekommen, die erneuerbaren Energien deutlich zu fördern, damit das Ende des Übergangs in Sicht kommt.

Zwei Mal Schwarz-Gelb – das klingt komfortabel für Koch. Doch es ist auch klar, dass nun eine beliebte Ausrede wegfällt. Seit Koch regiert, waren immer die in Berlin Schuld – erst Rot-Grün, dann die SPD in der großen Koalition. Mit diesem Spiel ist es nun vorbei. Schwarz-Gelb hat die Macht – und trägt die Verantwortung.

LEITARTIKEL

Anfang des Nachdenkens

MATTHIAS ARNING



Wer die Zukunft des städtischen Gemeinwesens alsbald thematisiert, kann damit rechnen, dass Bürger zu der Einschätzung gelangen: Endlich

Die Römer-Fraktion der SPD kommt zu wenig zu den Menschen. Hat Gregor Amann am Tag nach der für seine Partei auch in Frankfurt so desaströsen Bundestagswahl gesagt. Die CDU muss näher an die Menschen heran. Hat Parteichef Boris Rhein als Maßgabe für die Kommunalwahl ausgegeben. Für seinen Willen sollte der Bürger künftig wieder ein Forum finden, in dem er sich ernst genommen fühlt. Hat Bastian Bergerhoff am Montag nach der Abstimmung seinen Grünen mit auf den Weg gegeben, also mit Amann, Rhein und Bergerhoff – für die Protagonisten der Frankfurter Parteien ist nach der Bundestagswahl, die ein vielleicht für Frankfurt künftig typisches Spektrum von fünf, eng beieinander liegender Parteien dokumentiert hat, überaus deutlich: Sie müssen mehr politische Partizipation wagen.

Das hängt mit der Wahlbeteiligung zusammen, der niedrigsten nach der Bundestagswahl 1949. CDU und SPD, die sich beide nach wie vor als Parteien des Volkes verstehen, also ein breites Meinungsspektrum inhaltlich abzubilden suchen, repräsentieren nach der Analyse der städtischen Statistiker nur noch ein Drittel der Wahlberechtigten.

Die Nichtwähler machen gemessen an 21,9 Prozent für die

SPD und 27,8 Prozent für die Union inzwischen die größte Gruppe aus.

So kann das nicht weitergehen, zumal den beiden, einst großen Parteien außer den ganz Alten die Menschen einfach weggelaufen sind. Die Jüngeren entschieden sich zumeist für die Freidemokraten und die Grünen, die sich immer mehr in großstädtischen Milieus dieser Republik zu behaupten wissen. Ganz so wie es sich noch vor drei Jahrzehnten die Sozialdemokraten vorgenommen hatten – in dem irrigen Glauben, dass man das nicht nötig habe. Vielleicht kommt die SPD auch deswegen nicht zu den Menschen.

ten dort Entwicklungen frühzeitig abzusehen sein, die später für die gesamte Republik relevant sein würden.

Vielleicht also behalten die Parteien, mittelgroße wie etwas kleinere, schlussendlich den 27. September doch in guter Erinnerung. Vielleicht kommen sie schon in den kommenden Monaten zu dem Schluss, dass dieser Wahltag eher ein Segen für sie selbst gewesen ist. Weil plötzlich die Einsicht Raum gewann, man müsse sich zentrale Fragen städtischer Entwicklung vornehmen und vor der nahenden Kommunalwahl im Detail durchdeklinieren. Dann also geht es um die Zukunft des städtischen Gemeinwesens. Wer diese Frage rechtzeitig thematisiert, kann durchaus damit rechnen, dass Bürger, diese sich vernachlässigt fühlenden Wesen, zu der Einschätzung gelangen: Endlich.

Forum dieser Disputationen könnte einstweilen das Stadtparlament sein. Das ist ein Ort, an dem es seit Jahren keine Debatte über politische Wegweisungen mehr gegeben hat. Das ist die Versammlung, die sich beharrlich darum drückt, sich mit entwicklungspolitischen Leitlinien auseinanderzusetzen – in dem irrigen Glauben, dass man das nicht nötig habe. Vielleicht kommt die SPD auch deswegen nicht zu den Menschen.

LESERBRIEFE

Bis zum Beweis des Gegenteils

Zu: „Bahnsteige sollen sicherer werden“, FR vom 15. September

Warum muss erst das Gegenteil bewiesen werden, bevor auch im RMV mehr für Sicherheit der Fahrgäste getan wird? Soll wirklich auch in Frankfurt erst jemand sterben, bevor sich herumspricht, dass die sogenannte Bundespolizei weder Übersicht in ihrem Zuständigkeitsbereich hat noch ohne Hilfe normaler Schutzpolizei rechtzeitig bei Notfällen auch außerhalb der großen Bahnhöfe einsatzbereit ist?

Warum stellt die FR nicht einfach mal ohne Vorwarnung mit Vertretern des Innenministeriums und Fernsehens Notfälle nach, zum Beispiel am Frankfurter Berg, in Weißkirchen/Steinbach, in Langen, Berkersheim, Friedrichsdorf, Kaiserlei oder Bad Vilbel, um die Reaktionszeit der Bundespolizei bei dringenden Hilferufen auf der 110 oder den angebliebenen 0180-„Serviceummern“ auf den Bahnanlagen und im Zug zu testen bei „Gefahr im Verzug“?

Im Rhein-Main-Gebiet können aufgrund von Personaleinsparungen jederzeit aus gleichen Gründen wie in München an unsicheren Bahnanlagen Menschen sterben, bevor Hilfe kommen kann. Von den Folgekosten durch Vandalismus haben sie bereits anderweitig berichtet.

Lothar Hügel, Bad Homburg

Verein und Partei, Hand in Hand

Zu: „CDU nutzt fremde Daten“, FR vom 22. und 24. September

Na, das ist doch mal erfreulich, dass die Arbeit eines Vereins und einer Partei so schön Hand in Hand gehen! Man könnte sagen: Praktizierte Bürgernähe.

Vordergründig möchte man sich – wie der FR-Kommentator – darüber ärgern, dass es den Anschein hat, dass ein Verein mit den Adressen seiner Mitglieder so – sagen wir mal freundlich formuliert – schlampig umgeht. Aber ist nicht der eigentliche Skandal der, dass Wahlkämpfer und Sportsfreund Peter Tauber, CDU, diese Adressen auch noch nutzt? Wenn das alles wirklich ein Versehen gewesen sein soll, wie will die CDU denn bitte erklären, dass sie unwissentlich Adressaufkleber benutzt hat, die aus der Geschäftsstelle des Vereins stammen? Oder wird, noch lustiger, die Turngemeinde Hanau im nächsten Schritt erklären, irgendein CDU-Wahlkämpfer habe dem Verein die Aufkleber gestohlen?

Nein, so geht's nun wirklich nicht. Wer wie CDU-Tauber Bundestagsabgeordneter werden (und morgen womöglich Gesetze für Datenschutz und gegen Adresshandel beschließen – oder lockern?) will, kann sich nicht einfach empört als Opfer aller Umstände darstellen. Herr Tauber, beweisen Sie, dass Sie das wirklich nicht wussten, und sorgen sie für glaubwürdige Konsequenzen bei denen, die's gewusst haben müssen. Alexander Kühn, Maintal